

Die EU plant das 6G-Netz ohne Peking

Die Kommission will Huawei als Telekomausrüster weitgehend vom Markt verbannen

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Die EU hat am Dienstag ein Gesetzespaket in die Wege geleitet, das die Beziehungen zu China weiter belasten wird. Es geht um die Sicherheit der Telekomnetze. Firmennamen nannte die EU-Kommission zwar keine; offensichtlich ist aber, dass sie die chinesischen Anbieter Huawei und ZTE als Telekomausrüster weitgehend vom europäischen Markt verbannen möchte.

Viele europäische Netzbetreiber sind Kunden der beiden Firmen, was der Kommission seit Jahren missfällt. Sie befürchtet, dass die chinesischen Anbieter die gelieferte Ausrüstung mit Hintertüren versehen, die der chinesische Staat für Spionage oder Sabotage nutzen könnte. Zudem sind die EU-Länder aus Sicht der Kommission bei zu vielen Technologien von China abhängig. Gegenüber dem Land verfolgt sie daher eine Strategie des «de-risking». Diese soll nun auch im Telekombereich stärker wirken.

Schon vor sechs Jahren hatte die EU dafür eine Art Werkzeugkasten geschaffen. Dessen Ziel war es, die Mitglieds-

länder davon abzuhalten, beim Aufbau des 5G-Netzes auf gewisse Anbieter zurückzugreifen. Auch damals nannte die EU keine Namen; sie legte den Mitgliedsländern aber nahe, auf Lieferanten zu verzichten, in denen es etwa keine unabhängige Justiz oder keinen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung gibt. Das war auch auf China gemünzt.

Die 27 Mitgliedsländer gaben dem Drängen der Kommission allerdings bloss teilweise nach. Lediglich 13 von ihnen haben Huawei und ZTE ganz oder teilweise als Lieferanten für Mobilfunknetze ausgeschlossen oder sind dabei, das zu tun.

Furcht vor Sabotage

Das reicht der Kommission nicht. Es sei jetzt höchste Zeit, sich um Europas Sicherheit zu kümmern, sagte eine Mitarbeiterin des Gremiums. Eile ist auch geboten, weil in Europa der Aufbau des 6G-Netzes bevorsteht und die Amerikaner auf die Europäer Druck ausüben, die Geschäftsbeziehungen zu Huawei zu lockern. Die USA sehen die Firma mindestens seit 2012 als Sicherheitsrisiko an.

Die Kommission will die Mitgliedsländer deshalb verpflichten, sich systematisch der Cybersicherheit anzunehmen. Sie müssen die Risiken bewerten, und wenn gewisse Kriterien erfüllt sind, landen als kritisch angesehene Staaten und Firmen auf einer Liste. Sie dürfen dann nicht mehr oder nur beschränkt in die EU-Mitgliedsländer liefern.

Als kritisches Kriterium gilt etwa wie bisher, wenn eine Firma aus einem Land stammt, in dem die Europäer kein verlässliches Rechtsverfahren gegen eine fehlbare Firma einleiten können.

Die Staaten Europas sind mit der Frage, inwieweit chinesische Firmen ihre Telekomnetze ausrüsten dürfen, bisher unterschiedlich umgegangen. Grossbritannien etwa hat Huawei fast vollständig verbannt. Das geschah auf Druck der USA. In Deutschland dürfen «kritische Komponenten» von Huawei und ZTE ab Ende 2026 nicht mehr im Kernnetz von 5G-Verbindungen eingesetzt werden. Das hat die deutsche Regierung im Sommer 2024 entschieden.

Auch Schweizer Telekomanbieter sind Kunden von Huawei. Bei Sun-

rise stammt der Grossteil der Mobilfunk-Infrastruktur von den Chinesen. Man plane, die Kooperation mit Huawei fortzusetzen, sagt ein Sprecher der Firma. Salt verfolgt laut eigenen Aussagen eine Dual-Strategie und arbeitet mit Huawei und Nokia zusammen. Sicherheitsrelevante Kernnetzkomponenten würden aber ausschliesslich intern durch Salt betrieben, sagt eine Sprecherin.

Ein neuer Konflikt

Telekomfirmen fällt es naturgemäss schwer, sich von Huawei und ZTE zu verabschieden. Denn das zieht allenfalls Abschreibungen nach sich. Zudem gilt deren Service als gut, und wahrscheinlich sind sie auch in der Lage, günstiger zu liefern als manche Konkurrenten.

Das chinesische Aussenministerium hat bereits am Montag davor gewarnt, Firmen aus China vom europäischen Markt auszuschliessen. Es forderte von der EU eine gerechte Behandlung chinesischer Unternehmen. Ein neuer Konflikt scheint eröffnet zu sein.